

DIE GROSSE STILLE

Es scheint noch nicht allzu lange her, dass eine beinahe tägliche Berichterstattung sämtlicher Medien die Asyldebatte in der Schweiz befeuerte. Die drohende Überflutung der Schweiz durch «Partyasylanten» und «Wirtschaftsflüchtlinge» versetzte die Volksseele regelmässig in helle Aufruhr. Seit geraumer Zeit ist es um die Thematik ungewohnt still geworden. Dies rührt sicherlich daher, dass die SVP als Dauerbrandstifterin insgesamt an Schwung verloren und – abgesehen von Andreas Glarner – die Bewirtschaftung des Asylthemas zurückgestuft hat. Den wohl grösseren Einfluss auf das praktische Verschwinden des Asylbereichs aus der öffentlichen Debatte darf man indes getrost der 2016 beschlossenen Neustrukturierung des Asylbereichs zuschreiben.

Diese kündigte sich im Stile einer «eierlegenden Wollmilchsau» an: schnellere, effizientere und fairere Asylverfahren, garniert mit geringeren Kosten und konsequenterem Vollzug, flankiert von der flächendeckenden Rechtsvertretung aller Asylsuchenden, die Rechtsstaatlichkeit und Humanismus garantiert. Von Beginn an gab es umfangreiche Kritik an der Neustrukturierung.

Das «Bündnis unabhängiger Rechtsarbeit im Asylbereich» wartet nun erstmals seit Inkrafttreten der Neustrukturierung am 1. März 2019 mit einer detaillierten Analyse der Neustrukturierung und ihrer Konsequenzen für die Asylsuchenden auf. Die Ergebnisse des 40-seitigen Bericht sind so einfach wie eindeutig: die Beschleunigung der Asylverfahren findet gnadenlos statt und richtet den erwarteten Schaden an. Die Asylentscheide sind im Durchschnitt mangelhaft und berücksichtigen wesentliche Sachverhalte unzureichend bis überhaupt nicht. Hauptsache zügig, scheint die Devise des Staatssekretariats für Migration (SEM) zu sein. Dass auch das Bundesverwaltungsgericht diesem Credo ein Stück weit folgt, stimmt nachdenklich.

Der Rechtsschutz wiederum kommt bis dato nicht über den Status einer Korrekturinstanz hinaus. Zu oft wird ein Mandat zu Unrecht niedergelegt, wodurch bis anhin nur sehr wenig Protestcharakter in seiner Arbeit zu erkennen ist. Weshalb in der Qualität des Rechtsschutzes zudem eklatante regionale Unterschiede auftreten, muss untersucht werden.

Die neu geschaffenen Bundesasylzentren wiederum haben viel mit einer «Black Box» gemein: der Zugang für Unterstützende ist eingeschränkt, kritische Stimmen sind dadurch rarer geworden. Die Asylsuchenden selbst haben bedeutend weniger Kontakte zur Aussenwelt als zuvor und das öffentliche Sendungsbewusstsein der einzigen, vermeintlich unabhängigen Institution vor Ort, des Rechtsschutzes, ist gering bis inexistent. Dass das SEM weitgehend frei von öffentlicher Kritik agieren darf, kommt ihm natürlich gelegen. Die Analyse zeigt indes, dass breiter Handlungsbedarf

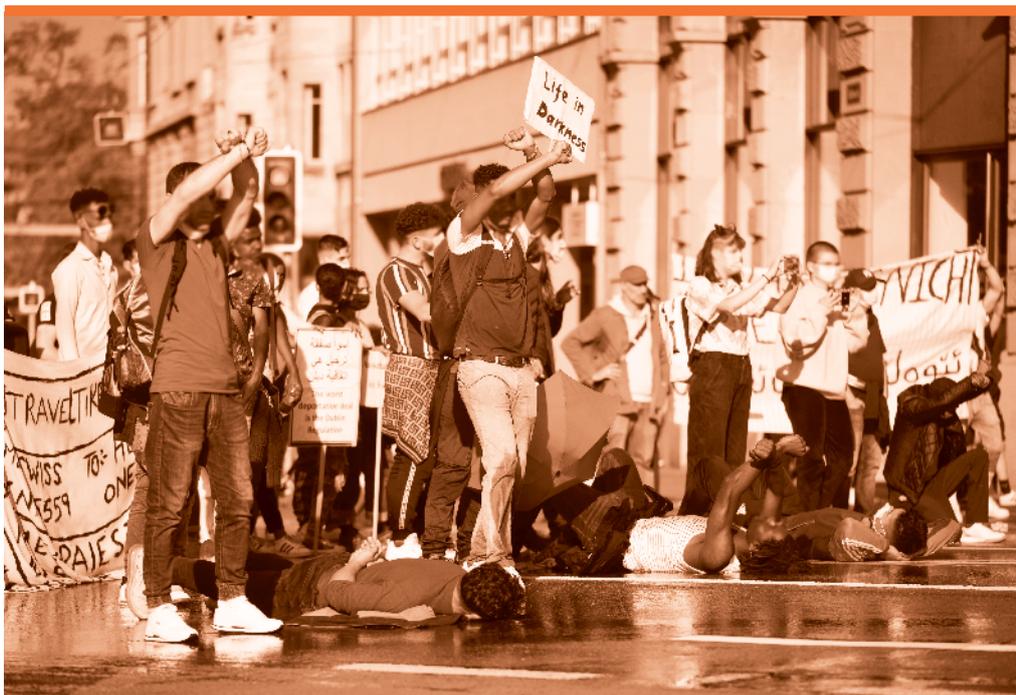


Solidarité sans frontières

BULLETIN
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

Nr. 4, DEZEMBER 2020

WWW.SOSF.CH



Aufgrund der Pandemie sind viele Projekte und Veranstaltungen abgesagt oder verschoben worden. Das hat die Asylbewegung nicht davon abgehalten, zu protestieren! Wir veröffentlichen hier Bilder von drei Demonstrationen, die kürzlich stattgefunden haben: Stop Isolation (Bern), evakuierenJETZT (Bern) und Non au centre de renvoi (Genf).

Demonstration «Stop Isolation» in Bern. Am Dienstag 22. September demonstrierten rund 200 Menschen gegen die Isolation von asylsuchenden Menschen.

Zugang zu Bildung
Barrieren abbauen

Seite 2

Gewalt in den Zentren
Zürich und Giffers

Seite 4

Europa
Eine Bestandesaufnahme

Seite 5-8

besteht. Entsprechend hängt dem Bericht ein Forderungskatalog an, in dessen Zentrum die Verlängerung aller Behandlungs- und Beschwerdefristen im erst- und zweitinstanzlichen Asylverfahren steht. Dazu braucht es nicht weniger als den politischen Willen und die Rückkehr einer seriösen Debatte.

Moreno Casasola,
Freiplatzaaktion Basel

Mehr zu Bündnis und Bericht unter:
www.buendnis-rechtsarbeit-asyl.ch

BILDUNG FÜR ALLE – JETZT!

Lancierung der Kampagne

Die Gewerkschaft VPOD-SSP, Solidarité sans frontières (sosf) und der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) haben am 1. Oktober die Kampagne «Bildung für alle – jetzt!» lanciert. Sie hat zum Ziel, den Zugang von Geflüchteten zu Bildung und Arbeit zu verbessern. Zur Eröffnung stellen wir mit unserer Petition «Bildung und Arbeit für geflüchtete Menschen ermöglichen» sechs zentrale Forderungen.

Für Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin des VPOD/SSP, «stossen Geflüchtete, Asylsuchende, Abgewiesene oder Sans-Papiers, die sich bilden und arbeiten möchten, oft auf unüberwindbare Hindernisse. Für diese Menschen muss der Zugang zu Bildung vereinfacht werden. Wir verlangen, dass die 'Integrationsagenda Schweiz' auf alle Geflüchteten ausgeweitet wird, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Geflüchteten muss es zudem möglich sein, die Ausbildung auch nach einem negativen Asylentscheid abzuschliessen.»

Eine schnelle Integration in die Schulen

In Bezug auf Kinder und Jugendliche hält Bettina Looser, Fachexpertin für Bildung, Migration und Integration, fest, widrige Lebensumstände und langfristig separierte Bildung behindern den Lernprozess und die soziale Integration. «Geflüchtete Kinder und ihre Familien müssen möglichst rasch in kindergerechten Wohnungen untergebracht und in die Regelschulen der Gemeinde integriert werden. Junge Geflüchtete brauchen vollzeitliche Brückenangebote und Zugang zur regulären Berufs- und Mittelschulbildung.»

«Die Hürden beim Zugang zu den Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen sind nach wie vor zu hoch», erklärt Sabine Zurschmitt, Verantwortliche für Kommunikation und politische Arbeit beim Projekt Perspektiven-Studium des VSS. «Es ist dringend nötig, dass der Bund, die Kantone und die Hochschulen dafür sorgen, dass Geflüchtete mit guter Vorbildung beim Zugang zu den Hochschulen unterstützt und ihre mitgebrachten Diplome leichter anerkannt werden.»

« Geflüchtete, Asylsuchende, Abgewiesene oder Sans-papiers, die sich bilden und arbeiten möchten, stossen oft auf unüberwindbare Hindernisse. »

Seit mehr als einem Jahr beschäftigen sich Solidarité sans frontières und die Gewerkschaft VPOD-SSP mit der Frage des Zugangs zur Bildung von Geflüchteten in der Schweiz. Am 1. Oktober haben wir zusammen, mit neuen Partnern, eine Petition lanciert, in der wir mit Massnahmen das Ende dieser Diskriminierung fordern.

Lebenslanges Lernen

Für Amanda Ioset, politische Sekretärin von Solidarité sans frontières, muss Bildung das ganze Leben lang gefördert werden. «Für die über dreissigjährigen Geflüchteten sind die Bildungsangebote noch beschränkter als für die Jüngeren. Alle müssen jedoch von der Weiterbildung profitieren können, auch die Erwachsenen. Sprachkurse, das Nachholen der schulischen Grundbildung und berufliche Weiterbildung müssen auch für Geflüchtete möglich sein.»

Nach der Lancierung der Petition werden im Rahmen unserer Kampagne «Bildung für alle – jetzt!» weitere Aktionen stattfinden. Die erste Veranstaltung war für den 31. Oktober in Zürich geplant. Geflüchtete hätten hier ihre Forderungen für einen gleichberechtigten Zugang zur Bildung vorgetragen. Wegen der Pandemie mussten wir sie verschieben. Erfahrungsberichte von Betroffenen können jedoch auf der Website der Kampagne eingesehen werden: www.bildung-jetzt.ch. Im ersten Halbjahr 2021 werden parlamentarische Vorstösse, die die Forderungen der Petition aufnehmen, dem National- und Ständerat sowie den kantonalen Parlamenten unterbreitet. Die Planung ist durch die aktuelle Situation erschwert! Aber die Mobilisierung ist möglich, insbesondere durch die Verbreitung der Online-Petition in den Netzwerken. Geben wir nicht auf und kämpfen wir weiter gegen Diskriminierung und für den Zugang zur Bildung für alle, auch in Zeiten einer Pandemie!

Red.



Bildung für alle – jetzt!

Unterschreiben Sie die Petition und sammeln Sie Unterschriften!

Die Integration von geflüchteten Menschen in Schule, Ausbildung und Beruf ist ungenügend. Geflüchtete, Asylsuchende, Abgewiesene und Sans-Papiers, die sich bilden und arbeiten wollen, sehen sich fast unüberwindlichen Barrieren gegenüber. Der Bildungszugang muss deshalb dringend vereinfacht werden.

Die Petition «Bildung und Arbeit für geflüchtete Menschen ermöglichen!» kann online unter

www.bildung-jetzt.ch

unterschrieben werden. Helfen Sie uns mit, die Petition zu teilen und so viele Unterschriften wie möglich zu sammeln!

«Niemand hatte mir gezeigt, wie ich mich mit dem Internet verbinden kann»

«Mathe und Geografie waren sehr schwierig! Ich habe mit diesem Unterricht erst in der Schweiz begonnen, ich habe noch wenig Erfahrung und es nicht geschafft, selbständig zu arbeiten. Es war einfach zu schwierig. Der Mathelehrer hat mir die Aufgaben geschickt, aber ich habe sie nicht einmal angeschaut. Mathe macht mir Stress, also mache ich es nicht.»

«Es gelang mir nicht, in unserer Wohnung zu arbeiten. Ich teile mir ein Zimmer mit einem anderen Jugendlichen, wir sind zu fünft in unserer Wohnung im Zentrum, es hat immer Lärm. Ich kann mich besser konzentrieren, wenn ich allein bin. Zudem sprechen wir immer Tigrinya. Im Lockdown sprachen wir noch mehr Tigrinya, weil wir ja immer unter uns waren.»

«Vor dem Lockdown habe ich meine Aufgaben nie mit dem Computer erledigt, erst dann habe ich damit angefangen. Wir hatten etwas Informatikunterricht in der Schule, aber ich konnte das nicht allein anwenden. Ich erinnerte mich nicht mehr, was wir gemacht hatten, und da ich es nicht anwenden konnte, liess ich es sein. Vorher hatte ich auch Informatikunterricht bei der AMIC (Vereinigung der interkulturellen Mediator*innen), das hat mir sehr geholfen. Das hat mir Lust auf mehr gemacht. Ich habe gelernt, die Akzente zu setzen, mit der Tastatur umzugehen und Grossbuchstaben zu gebrauchen. Liban, mein Lehrer bei der AMIC, hat mir auch im Lockdown weiterhin geholfen.»

«Ich mag es, meine Aufgaben mit dem Computer zu machen, aber mit dir. Allein ist zu hart und deprimierend. Zudem habe ich dabei kein Internet. Ich kann es auch nicht über das Handy auf meinen Computer laden, weil mein Telefon zu langsam ist. Nächstes Jahr möchte ich gerne einen Internet-Zugang haben, um weiter mit dem Laptop arbeiten zu können. Während des Lockdowns bin ich manchmal in einen Park gegangen, wo es Internet gibt. Es hat dort Tische, auf denen ich in Ruhe arbeiten konnte. Ich ging ganz allein dorthin.»

«Ich habe keinen Kontakt mit anderen Schülern gehabt, nur ein wenig mit meinen Lehrern. Falls nötig konnte ich meinen Klassenlehrer anrufen. Ich habe aber nur mit dir telefoniert. Wir haben zusammengearbeitet, erinnerst du dich? Die Lehrer schickten mir die Aufgaben, und ich habe sie dann mit dir gelöst. Ich wollte nicht die Lehrer darum bitten, sie haben doch nicht so viel Zeit. Das ist normal, sie haben ja noch andere Schüler, nicht nur mich.»

Während des Lockdowns waren Kinder und Jugendliche mit Online-Unterricht konfrontiert. Eine manchmal schwierige Veränderung, insbesondere für Jugendliche aus dem Asylbereich. Wir geben hier den Erfahrungsbericht von Zenawi wieder, einem ehemaligen minderjährigen unbegleiteten Geflüchteten. Drei Jahre Schule, Berufswahlklasse (nach Access II). Im ersten Monat hat er mit seinem Handy gearbeitet, dann erhielt er vom Genfer Sozialamt einen Computer.

«Mit einem Handy oder einem Computer zu arbeiten sind zwei ganz unterschiedliche Dinge. Mit dem Telefon ist es schwierig, sich zu konzentrieren. Man ruft mich ständig an oder schickt mir Nachrichten, auf die ich reagieren muss, und so komme ich nicht vorwärts. Ich verliere meine Zeit. Mit dem Computer kann ich das Handy beiseitelegen.»

«Wenn man mit dem Lockdown weiterfährt, so ist es wichtig, einen Ort wie die AMIC zu haben, der offenbleibt. So kann ich rausgehen und mich konzentrieren. Das ist motivierend.»

«Wenn wir zusammenarbeiten, geht es besser, weil ich gleichzeitig lerne. Sonst ist es zu schwierig, ich bekomme Kopfweh, Stress breitet sich aus und ich höre auf. Ich will mit dem Computer weiterarbeiten, ich will ihn besser nutzen können, das ist wichtig, um später eine Arbeit zu finden. Die Kurse bei der AMIC helfen mir da sehr. Aber im Lockdown war es eben anders als im Unterricht. Also war es gut, das mit dir zusammen tun zu können.»

«Die positiven Seiten des Lockdowns? Ich habe gelernt, etwas besser mit dem Computer umzugehen. Vor allem aber hatte ich vorher noch mit niemandem am Telefon Französisch gesprochen, so wie jetzt mit dir. Es ist schwierig, am Handy mit jemandem Französisch zu sprechen, erst recht noch, wenn man dazu seine Aufgaben macht. Aber es war eine gute Übung für mich. Ich war froh, dass du mich anrufst. Ich habe auch auf Französisch viele Mitteilungen an meine Lehrer geschrieben. Das hatte ich vorher noch nie gemacht. Ich habe während des Lockdowns viele Mitteilungen auf Französisch geschrieben, das ist gut so.»

«Du hast mir geholfen, auf Classroom zu gehen (die digitale Plattform des Erziehungsdepartements), die Codes für meinen Internet-Zugang zu finden, die Email-Adresse edu.ge zu verwenden, die Codes so zu ändern, dass ich mich daran erinnern kann, wie man die Aufgaben im Internet findet und wie man sie für die Korrektur abgibt. Ich kannte mich im Internet überhaupt nicht aus, wir hatten das nie gemacht. Niemand hat mir gezeigt, wie ich mich mit dem Netz verbinde. Ich wusste auch nicht, wie ich mir zusätzliche Informationen für meine Aufgaben suchen sollte. Mit dir habe ich auch das Schreiben von Emails gelernt. Ich hatte eine Email-Adresse, wusste aber nicht, wie sie nutzen, wo die Nachrichten finden und wie sie lesen. Also gab ich meine Adresse und dann war Schluss, und ich kümmerte mich nicht weiter darum. Einzig mit meiner Sozialarbeiterin habe ich Mails ausgetauscht, aber das war immer gleich, also wusste ich wie das mit ihr lief.»

Erfahrungsbericht gesammelt von Rachel Bolle (AMIC, Association de Médiatrices interculturelles)

Der vollständige Artikel kann auf asile.ch gelesen werden. Er ist Teil eines Dossiers zum Homeschooling, erschienen in Vivre Ensemble, VE 179 / 2020.

GEWALT IM BAZ VON CHEVRILLES/GIFFERS

Wo stehen wir heute?

Der Verein Solidarité Tattes aus Genf steht mit vier Geflüchteten in Kontakt, die Anzeige gegen die von den Sicherheitsleuten im Bundesasylzentrum (BAZ) von Chevrilles/Giffers begangenen Gewaltakte erstattet haben. Im September haben diese den Verein über die aktuelle Situation informiert.

Nach dem Einreichen der Anzeige wurde das Leben im BAZ nicht besser: Die gewalttätigen Sicherheitsleute blieben noch mehrere Tage und Wochen im Dienst. Für die vier bedeutete dies Angst, Stress, Albträume und Demütigungen.

Zwei von ihnen mussten in eine psychiatrische Klinik eingeliefert werden. Sie sind aus dem Dublin-Verfahren ausgeschieden und ins ordentliche Asylverfahren aufgenommen worden. Dies ist eine grosse Erleichterung, da einer der Geflüchteten uns erzählte, dass nur schon die Vorstellung, wieder ins BAZ in Giffers zurückkehren zu müssen, ein Grund sei seinem Leben ein Ende zu setzen. Die genauen Gründe wieso er aus dem Dublin-Verfahren ausgeschieden ist, kennen wir nicht, da das SEM die Informationen nicht kommuniziert.

Von den beiden anderen Männern, die noch immer ihr Dublin-Verfahren in Giffers aussitzen, konnten wir nur einen treffen. Er erzählt uns, dass die beiden gewalttätigen Sicherheitsleute nicht mehr in Giffers arbeiten. Damit sei das Leben etwas erträglicher geworden. Er berichtet, sein Alltag sei von vielen abstrusen Regeln geprägt. Uns scheint, dass diese die Geflüchteten in Schach halten, ihnen klarmachen, dass sie keine Rechte haben und schweigen sollen. So ist es z.B. verboten, Esswaren ins Zentrum zu bringen. Da die Mahlzeiten ungenügend sind, kaufen die Leute ihre eigenen Lebensmittel, die sie auf den Feldern in der Umgebung verstecken und essen, wenn sie die Gelegenheit dazu haben. Sowohl beim Verlassen wie beim Betreten des Zentrums werden die Leute gefilzt, unangekündigte Durchsuchungen der Zimmer sind an der Tagesordnung. Allerlei Strafen werden verhängt, so etwa wenn man fünf Minuten zu spät zu Mahlzeiten erscheint, manchmal auch aus Gründen, die nicht näher erläutert werden.

Der vierte an der Klage beteiligte Asylsuchende, ebenfalls wohnhaft in Giffers, kam nicht zum Treffen. Zurück in Genf erfahren wir, dass er verhaftet und zum Flughafen Genf gebracht wurde für die Abschiebung nach Deutschland. Er war ein NEE-Dublin-Deutschland-Fall, und seine Ausreisefrist lief noch bis Ende Jahr. Aber er wurde jetzt ausgeschafft, obwohl seine Strafanzeige noch hängig ist, und das trotz unserer Intervention bei Mario Gattiker.

Solidarité Tattes, Genève

Mehr über den Verein Solidarité Tattes unter : www.solidaritetattes.ch

KANTON ZÜRICH

Aufrechterhaltung des repressiven Asylregimes trotz Strafklage

Ärzt*innen und Aktivist*innen in Zürich haben lange davor gewarnt: In den Notunterkünften des Kantons Zürich werden keine genügenden Sicherheitskonzepte zur Verhinderung von Ansteckungen mit dem Corona-Virus eingeführt und umgesetzt. In der von der Kampagne «Wir klagen an» (vgl. Bulletin September 2020) begleiteten Strafanzeige gegen die Verantwortlichen des Kantons Zürich, haben die Anwälte Marcel Bosonnet und Peter Frei detailliert aufgezeigt, dass die Politik der Zürcher Sicherheitsdirektion unter Mario Fehr (SP) nicht nur gefährlich, sondern strafbar ist. Passiert ist daraufhin erstmal nichts, bis Anfang Oktober plötzlich die Folgen des Versagens mehr als deutlich wurden: 16 der 36 Bewohner*innen der Notunterkunft Urdorf wurden positiv auf das Corona-Virus getestet. Darauf hat die Polizei sämtliche Bewohner*innen der Notunterkunft nach Zürich in das ehemalige Pflegezentrum Erlenhof in Quarantäne versetzt.

Was dann geschah, wirft ein Licht auf den Denkrahm, in dem sich die Zürcher Sicherheitsdirektion offenbar bewegt: Am folgenden Mittwoch, den 7. Oktober, kletterten zwei der im Erlenhof untergebrachten Menschen aus dem Fenster des dritten Stocks und fielen. Ob sie gesprungen oder gestürzt sind, war unklar, wie auch der Grund für ihr Verhalten. Umgehend veröffentlichte die Sicherheitsdirektion eine Medienmitteilung, die so beginnt: «Zahlreiche

von ihnen haben zum Teil lange Haftstrafen verbüsst», und fortführt: «Sie sind, seit sie in der Schweiz sind, wiederholt dadurch aufgefallen, dass sie sich an keine Regeln halten». Ein einziger Satz der Medienmitteilung schildert das eigentliche Geschehen. Der Rest macht die Abscheu gegenüber den Geflüchteten deutlich und diffamiert sie tatsachenwidrig kollektiv als Kriminelle.

Trotz scharfer Kritik in den Medien und aus der eigenen Partei führt SP-Regierungsrat Mario

Fehr seinen harten Kurs unbeirrt fort. Statt sich der Kritik zu stellen, wurden die Geflüchteten am späten Sonntagabend – möglichst unbemerkt und gemäss den Betroffenen ohne Ankündigung – wieder in den unterirdischen Zivilschutzbunker nach Urdorf verlegt.

Marcel Bosonnet hat mittlerweile die Schliessung der Notunterkunft Urdorf bei der Staatsanwaltschaft Zürich gefordert. Diese hat derweil ein Ermächtigungsgesuch um Strafverfolgung beim Kantonsrat eingereicht, wobei die Geschäftsleitung des Rates beschlossen hat, die Anzeige dem Rat gar nicht erst zur Abstimmung vorzulegen, sondern nicht darauf einzutreten. Rechtliche Schritte dagegen werden noch geprüft.

Hanna Stoll
Mehr Infos unter: www.sosf.ch

« **Trotz scharfer Kritik in den Medien und aus der eigenen Partei führt der SP-Regierungsrat Fehr seinen Kurs unbeirrt fort.** »

EUROPA GEGEN DIE MIGRATIONEN

Für einen Pakt mit den Migrant*innen

*Der «Neue Pakt für Migration und Asyl», den die EU-Kommission vorgeschlagen hat, beruht immer noch auf dem Imperativ, den meisten Migrant*innen aus dem Süden den Zugang zum europäischen Territorium zu verunmöglichen. Ein neuer Pakt mit den Migrant*innen ist unbedingt notwendig.*

Als Reaktion auf den Brand des Camps von Moria Anfang September hat die Europäische Kommission am 23. September einen «Neuen Pakt für Migration und Asyl» präsentiert. Sie bezeichnet ihn zwar als «einen Neuanfang für die Migration in Europa», doch bietet er keine Perspektive, um den Konflikt der Mobilität zu entschärfen, der der Krise der europäischen Migrationspolitik zugrunde liegt.

Dieser Pakt verspricht, die Zahl der Migrant*innen, die nach Europa gelangen, durch eine Kette von externalisierten Kontrollen auf allen Abschnitten ihrer Reise zu reduzieren. Die, die es auf den europäischen Kontinent schaffen, werden rasch auf abgeschottete Auffanglager an den Grenzen verteilt. Die wenigen, die den immer strenger werdenden Kriterien des Asylrechts genügen, werden auf die Mitgliedstaaten je nach Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft verteilt. Die Mehrheit der abgewiesenen Asylsuchenden wird an Staaten überstellt, die eine dauerhafte Aufnahme ablehnen, mit dem Auftrag, ihre Abschiebung zu organisieren – die Kommission nennt das «flexible Solidarität».

Die Kommission hat eine Vereinbarung mit den Mitgliedsstaaten abgeschlossen, ohne Konsultation der Migrant*innen – und zu deren Nachteil. Die meisten der von der Kommission vorgeschlagenen Instrumente sind nicht neu und konnten noch nie die illegale Migration aufhalten. Im Gegenteil: Sie haben nur zu 40000 Toten an den Aussengrenzen Europas seit Ende der Achtzigerjahre und innerhalb der EU zu grossen Bevölkerungsgruppen unter prekärsten Lebensbedingungen geführt. Wie sollten heute dieselben Instrumente zu anderen Ergebnissen führen? Die Migrant*innen werden weiterhin kommen, viele werden in den Frontstaaten oder in anderen Staaten der EU blockiert bleiben. Der Pakt, wenn er angenommen wird, wird zu einer Generalisierung der Hotspots führen. «Nie mehr Moria»: Die Rhetorik der Kommission möchte uns davon überzeugen, aber die Ruinen von Moria könnten sehr wohl zum Sinnbild für die Zukunft der Migrationspolitik der EU werden. Es braucht eine völlig neue Herangehensweise an die Realität der Migrationen.

Für einen Pakt mit den Migrant*innen

Stellen wir uns einmal vor, die europäische Kommission möchte und könnte ihrer



**Solidarité
sans
frontières**

DOSSIER 4 – 2020
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

DEZEMBER 2020

**EUROPA:
EINE BESTANDESAUFNAHME**



Demonstration « Non au centre de renvoi ». 2000 Menschen zogen durch die Strassen von Genf, um sich gegen den Bau des Bundesauschaffungszentrums in Grand-Saconnex zu wehren.

Migrationspolitik eine neue Richtung geben mit dem Ziel, den Mobilitätskonflikt zu entschärfen und zu verändern: Wie könnte ein Pakt mit den Migrant*innen aussehen? Er müsste von der sozialen Realität der Migration ausgehen, ihr einen legalen Rahmen zur Entfaltung geben und die Migrant*innen in die Definition der Politik, die sie betrifft, mit einbinden. Er sollte die Prozesse, die zur erzwungenen Migration und zur Abschottungspolitik der EU führen, in eine neue Richtung lenken. Konkret müsste er die nachfolgenden vier grundlegenden Massnahmen enthalten.

Bulletin 4 – 2020

Solidarité sans frontières
Schwanengasse 9
3011 Bern
www.sosf.ch

sekretariat@sosf.ch
Fon 031 311 07 70
PC 30-13574-6

IBAN CH03 0900 0000
3001 3574 6
BIC POFICHBEXXX



1. ENGAGEMENT FÜR EINE WELTWEITE GERECHTIGKEIT UND KONFLIKTPRÄVENTION

Der Pakt der EU mit den Migrant*innen wird alle politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Europas unterbinden müssen – angefangen mit der Unterstützung von Diktaturen über Waffenexporte bis hin zu Handelsbeziehungen und CO₂-Ausstoss –, die zu den Krisen beitragen, die massiven Fluchtbewegungen verursachen. Ein ernsthaftes Engagement zugunsten einer weltweiten Gerechtigkeit und Konfliktbewältigung ist notwendig, wenn Europa die Faktoren limitieren will, die eine grosse Zahl von Personen auf den Weg in die Fremde treibt.

2. DIE «TIEFEN URSACHEN» DES EUROPÄISCHES RASSISMUS BEKÄMPFEN

Der Pakt wird mutige politische Prozesse in Gang setzen, um sich der kolonialen Vergangenheit und Gegenwart der EU und den daraus entstandenen Rassismus zu stellen. Er wird eine positive Vision des Zusammenlebens in einer diversen Gesellschaft entwerfen und in Europa ein inklusiveres und gerechteres Wirtschaftssystem einführen, das die Ressentiments der europäischen Bevölkerung entschärft, die in perverser Weise auf die Migrant*innen und die auf ihre Hautfarbe reduzierten Menschen gelenkt werden.

3. EINE WELTWEITE BEWEGUNGSFREIHEIT SCHAFFEN

Der Pakt wird allen Migrant*innen legale Wege nach Europa und ein Aufenthaltsrecht bringen. Die umgehende Wirkung einer weltweiten Bewegungsfreiheit wird bedeuten, dass die Migrant*innen nicht mehr von Schleppern abhängig sind, dass sie nicht mehr ihr Leben bei der Überquerung des Meeres riskieren – und deshalb auch nicht mehr gerettet werden müssen. Wenn die Migration nicht mehr mit militärischen Mitteln kontrolliert wird, wird sie wie ein ganz normaler Prozess erscheinen und keine Angst mehr machen. Das Budget von Frontex, der europäischen Agentur der Grenz- und Küstenwache, wird beschnitten werden. Ein europäisches Asylsystem wird beibehalten werden, um jene zu schützen und zu unterstützen, die das brauchen. Die alten Hotspots und Internierungszentren werden zu Aufnahmestrukturen werden, die die Migrant*innen registrieren und ihre Weiterreise an den Ort ihrer Wahl in die Wege leiten. Die Registrierung wird so zum ersten Schritt in Richtung europäisches Bürgerrecht, das zu einer echten post-nationalen Institution wird.

4. DIE GRENZEN DEMOKRATISIEREN

Dieser Pakt, das Resultat einer breiten Konsultation mit den Migrant*innen, den Organisationen, die sich für sie einsetzen und den Staaten des Südens wird, mit den Worten Etienne Balibars, eine Demokratisierung der Grenzen und eine



«multilaterale und ausgehandelte Kontrolle ihrer Funktionsweise» vorschlagen, die alle Protagonisten mit einschliesst.

Wenn uns diese politische Ausrichtung auch die einzige zu sein scheint, mit der sich der Mobilitätskonflikt lösen lässt, so sind wir uns doch bewusst, dass sie nicht auf der Agenda des neoliberalen und nationalistischen Europas steht. Der Mobilitätskonflikt wird deshalb andauern. Auch wenn er utopisch anmutet, kann unser Pakt dennoch die mit den Migrant*innen solidarischen Bewegungen inspirieren. Die Bewegungsfreiheit ist nicht, oder nicht nur, eine ferne Utopie: Es ist das Recht und die Freiheit, die die illegalen Migrant*innen Tag für Tag für sich in Anspruch nehmen, und die uns in unseren Handlungen des Protests und der Unterstützung leiten können. Die humanitären und humanistischen Aufrufe für eine Aufnahme sind sicher wichtig, doch müssen wir die Migrationen und die Grenzen in den grösseren politischen und wirtschaftlichen Zusammenhang der Vergangenheit und Gegenwart Europas stellen. Wenn wir die (Un)Gerechtigkeit ins Zentrum stellen, um die es hier geht, können wir eine Allianz zwischen den Solidaritätsbewegungen und anderen progressiven Bewegungen schaffen.

In den kommenden Monaten wird der Pakt der EU gegen die Migrant*innen vom europäischen Parlament und dem Rat diskutiert. Ohne uns Illusionen zu machen, müssen wir diese Gelegenheit nutzen, um laut zu sagen, dass ein neues Europa der Öffnung und der Solidarität – und generell eine andere Welt – möglich ist, und wir müssen von unten her dessen Fundament aufbauen.

Charles Heller, Co-Direktor des Projekts Forensic Oceanography, Goldsmiths, Universität London, Co-Präsident des Netzwerks Migreurop

Bernd Kasperek, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Göttingen, Mitglied der Netzwerks Kritnet.

Dieser Forumsbeitrag ist am 18. Oktober 2020 unter dem Titel «Pour un pacte migratoire aux côtés des migrants» in der Libération erschienen.

Eine englische und ausführlichere Version erschien in zwei Teilen in Open Democracy: <https://bit.ly/35iYK3T> und <https://bit.ly/2Ug8071>

GEFLÜCHTETE AUS GRIECHENLAND AUFNEHMEN!

Protestkundgebung und Unterstützung durch Städte in der Schweiz

Im letzten Bulletin berichteten wir über die Kampagne «Evakuieren JETZT», die Sösf mitträgt. 50'000 Menschen und 130 Organisationen hatten eine Petition unterstützt, die eine rasche Evakuierung der Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln und eine grosszügige Aufnahme der Geflüchteten fordert. Abertausende von Flüchtlingen halten sich unter menschenunwürdigen Bedingungen dort auf. Die Antwort der Schweiz darauf – die Aufnahme von 53 minderjährigen Flüchtlingen aus den Camps, die schon Verwandte in der Schweiz haben – ist eine Schande angesichts der Not.

In der Nacht vom 8./9. September 2020 zerstörte ein Brand das Lager von Moria auf der Insel Lesbos. Apokalyptische Bilder zeigten tausende, hoffnungslos umherirrende Menschen, die ihre letzte spärliche Bleibe verloren hatten. Mehr als 12'000 Menschen wohnten dort, vier Mal mehr als ursprünglich vorgesehen. Unmittelbar nach dem Brand fanden in ganz Europa Protestkundgebungen statt. Um die Gruppe «Evakuieren JETZT» entstand ein kleines Organisationskomitee, das sich zur Organisation einer nationalen Kundgebung entschloss um den Druck auf den Bundesrat zu erhöhen. Sösf beteiligte sich an den Vorbereitungen.

Trotz der extrem kurzen Anlaufzeit gelang es, die Bewilligung für eine Platzkundgebung auf dem Bundesplatz zu bekommen und mehreren

**Platzkundgebung
«evakuierenJETZT – Wir
haben Platz». 4000
Menschen versammeln
sich nach den Bränden
auf Lesbos auf dem
Bundesplatz, um die
sofortige Evakuierung
der griechischen
Flüchtlingslager zu fordern.**

MORIA 2.0 – «EINE GROSSE MENSCHENRECHTSVERLETZUNG»

Das neue Lager auf Lesbos



Fabian Bracher koordinierte während mehrerer Monate die Kampagne «evakuierenJETZT» und ist Vorstandsmitglied von «One Happy Family». Seit September ist er wieder in Lesbos. Stéphanie Nagy befragte ihn über die Situation der Geflüchteten auf der griechischen Insel.

Hundert betroffenen Geflüchteten mit Bussen die Fahrt nach Bern und die Beteiligung an der Kundgebung zu ermöglichen. Am Nachmittag waren wir an die 4000 Menschen auf dem Bundesplatz, die sich solidarisch versammelt haben. Wir haben den Reden von Menschen von Rota Migrant Solidarity Network, Alarmphone, Exit Racism Now! und weiteren zugehört, gemeinsam unsere Wut gegenüber der europäischen und schweizerischen Abschottungspolitik zum Ausdruck gebracht und unsere Forderungen für die Evakuierung der Camps in Griechenland kundgetan.

Unterstützung durch die grössten Städte wird ausgebaut

Zürich, Bern, Basel, Luzern, Winterthur, St.Gallen, Lausanne und Genf forderten die Bundesbehörden auf, mehr zur Stoppung der Not auf den Inseln der Ägäis zu tun, und erklärten sich bereit, Geflüchtete von dort aufzunehmen. Denn trotz anderslautenden Äusserungen von Bundesrätin Karin Keller-Sutter existiert heute bereits die gesetzliche Grundlage für eine solche Aufnahmepraxis. Inzwischen sind auch die Städte Fribourg, Neuchâtel und Wil dazugekommen. Mittels einer Petition wenden wir (EBF) uns direkt an die Gemeinden, sich dem Appel anzuschliessen. Wir bitten Sie, in Ihrer Wohngemeinde ebenfalls aktiv zu werden. Danke im Voraus für Ihre Beteiligung. Denn auch das neu aufgebaute «Folgelager» Moria 2.0 ist eine Schande und gehört sofort aufgelöst – Europa und die Schweiz müssen endlich handeln.

Claude Braun,
Europäische BürgerInnen
Forum (EBF)

Hier der Link um die Petition herunterzuladen:
<https://bit.ly/AufrufECE>

Anfang September ist das Lager in Moria abgebrannt. Wie leben die Geflüchteten auf Lesbos heute?

Die Zustände sind katastrophal. Nachdem die Geflüchteten nach dem Brand tagelang auf den Strassen rund um die Brandruine ausharren mussten, wurde überhastet und ohne Planung ein neues Lager auf einem alten Schiessplatz aufgebaut, direkt am Meer. Bei Stürmen oder hohen Wellen werden immer wieder Teile des Lagers überschwemmt. Gemeinsam mit den Geflüchteten haben die kleinen Organisationen, die in den Camps arbeiten, Sandsäcke aufgeschichtet, um das Wasser so gut wie möglich zurückzuhalten. Grössere Veränderungen sind hier nicht erlaubt. Das neue Lager ist von Stacheldraht umzäunt und wird ständig von Polizei und Militär bewacht.

7500 Menschen leben hier, davon rund 3000 Minderjährige, etwa 1700 Frauen und 2800 Männer. Auch die besonders Verletzlichen – Kinder, schwangere Frauen, Menschen mit Beeinträchtigungen oder chronisch Kranke – sind in Zelten untergebracht. Zweimal am Tag gibt es Essen, das wie im alten Lager sehr schlecht und oft ungeniessbar ist. Es gibt kein fliessendes Wasser und die Stromversorgung ist sehr unzuverlässig. Humanitäre Standards – Abstand zwischen den Zelten, Zahl der Duschen und Toiletten etc. – Regeln, die weltweit für Flüchtlingscamps gelten, werden nicht eingehalten. Was hier geschieht, sind grosse Menschenrechtsverletzungen.

Wie stellen die Menschen ihre Asylanträge? Was sind die Hürden?

Die grösste Hürde ist derzeit der eigentliche Zugang zum Asylsystem. Immer öfter werden Beweise von illegalen Push-backs veröffentlicht, wobei die griechische Küstenwache – teils mit Unterstützung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex – Menschen nach deren Ankunft in Griechenland aufgreift und in Rettungsinseln im türkischen Gewässer aussetzt. Doch auch

wenn sie es bis ins Camp schaffen, bleiben grosse Hürden. Es fehlt dabei vor allem am Zugang zu Informationen und Rechtsberatungen. Bis anhin dauerten die Verfahren sehr lange. Die Leute mussten Monate, manchmal Jahre, auf eine Anhörung warten. Auf Druck der Europäischen Union EU wurden die Verfahren nun beschleunigt, was zu noch mehr willkürlichen und menschenrechtswidrigen Entscheidungen führen wird. Geflüchtete haben kaum Zeit, um wichtige Dokumente zu organisieren, die ihre Geschichte glaubhaft belegen können. Gleichzeitig werden die Regeln enorm verschärft. Neu können auch «mangelnde Kooperationsbereitschaft» oder «Verstösse gegen die internen Regeln des Camps» zu einem negativen Entscheid führen – je nachdem reicht es aus, wenige Minuten zu spät (nach 20 Uhr!) ins Lager zurückzukommen. Geflüchtete werden zudem wegen «illegaler Einreise» angeklagt – und teils sogar verurteilt, was klar dem Artikel 31 der Genfer Flüchtlingskonvention widerspricht.

Was bedeutet das für die Arbeit der Hilfsorganisationen?

Viele freiwillige Organisationen sind hier auf Lesbos, auf den anderen Inseln und auf dem Festland aktiv und versuchen die Lücken der staatlichen Versorgung zu füllen. Die Arbeit wird immer schwieriger. Nach einem neuen Gesetz müssen sich ausländische NGOs in ein Register eintragen, was unter anderem mit hohen Kosten verbunden ist. Auch die Versuche, die Arbeit von NGOs zu kriminalisieren, nehmen zu. Das betrifft vor allem Organisation, die illegale Push-backs und Menschenrechtsverletzungen dokumentieren. Zu den Lagern haben nur wenige Organisationen Zutritt – häufig solche, die sich mit öffentlicher Kritik zurückhalten. Regierung und Campmanagement haben dafür gesorgt, dass gewissen Organisationen der



Zugang zum neuen Camp versperrt ist. Freiwillige Organisationen sind zudem vielfach überlastet. Sie müssen Arbeiten erledigen, die eigentlich der Staat übernehmen müsste.

Inwiefern sind diese Lager das Sinnbild der restriktiven europäischen Asyl- und Migrationspolitik?

Die europäische Asyl- und Migrationspolitik wird seit Jahren immer restriktiver. Legale Zugänge nach Europa werden blockiert, die illegalen Push-backs häufen sich, es wird immer schwieriger in Europa Asyl zu erhalten. Die Lager an den Aussengrenzen werden weiter abgeschottet und geschlossen. Die Geflüchteten leben hinter Stacheldraht und unter ständiger Kontrolle von Polizei und Militär. Hier manifestiert sich die Festung Europa.

(Na)

Seit 2015 in Lesbos

Ein Artikel im Strassenmagazin «Surprise» über die Grenzzäune in Ceuta und Melilla habe ihn motiviert, sich mit der Situation von Geflüchteten zu befassen, sagt Fabian Bracher. Das war Ende 2014. Als im Sommer 2015 Tausende Geflüchtete auf Schlauchbooten die griechischen Inseln erreichen, macht er seinen ersten Einsatz als Freiwilliger auf Lesbos. Später baute er zusammen mit anderen das «One Happy Family» Community Center auf. Das Gemeinschaftszentrum soll den Menschen, die in den Lagern leben müssen, einen offenen Ort mit einer friedlichen, kreativen und ruhigen Atmosphäre bieten. Dort wird mit den Geflüchteten zusammengearbeitet. Täglich beteiligen sich etwa 250 Besucher*innen an verschiedensten Aktivitäten und Projekten – von der Computerstation über den Kinderspielplatz bis zu Schulprojekten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

(Na)

SIS-ABSTIMMUNG IM NATIONALRAT

Ende der Folgsamkeit?

Das Schengener Informationssystem (SIS) ist eine Megadatenbank, die Ende 2019 rund 90 Millionen Datensätze enthielt. Die meisten betreffen Sachen (Fahrzeuge, Pässe, IDs etc.). Von den 983 000 Personendaten bezogen sich nur gerade vier Prozent auf Fahndungen mit Haftbefehl. Rund 200 000 Personen waren dagegen zur «verdeckten» oder «gezielten Kontrolle» ausgeschrieben – viele

von ihnen von Geheimdiensten der beteiligten Staaten. Über die Hälfte der Personendaten im SIS betrifft jedoch Menschen aus Nicht-EU- oder EFTA-Staaten, denen die Einreise in den Schengenraum verweigert werden soll. Mit neuen Rechtsgrundlagen, die die EU im Jahr 2018 beschlossen hat, dürfte deren Zahl weiter steigen: Künftig sollen Einreisesperren auch dann verpflichtend im SIS erfasst werden, wenn sie nicht aus Motiven der «inneren Sicherheit», sondern bloss aus ausländerrechtlichen Gründen erfolgten.

In der Herbstsession hat sich der Nationalrat mit 79 zu 74 Stimmen geweigert, die drei neuen EU-Verordnungen zum SIS in schweizerisches Recht zu überführen. SVP und Grüne stimmten geschlossen mit Nein. Den

Erfolg verdankt die «unheilige Allianz» jedoch den Sozialdemokrat*innen, die sich fast alle enthielten. Es ist das erste Mal seit dem Schengen-Beitritt der Schweiz, dass eine Kammer des Parlaments die Erweiterung des Schengen-Acquis ablehnt. 15 Jahre lang hat das Parlament treu und brav alles abgesegnet – egal was da kam, ob die Beteiligung an der Grenzschutzagentur Frontex, das Grenzüberwachungssystem

Eurosur, biometrische Pässe oder diverse neue Datenbanken ...

Der Ständerat wird in der Wintersession mit ziemlicher Sicherheit Ja zu den SIS-Verordnungen sagen. Danach geht das Geschäft zur Differenzbereinigung zurück in die grosse Kammer. Die Nationalrät*innen der SP und der Grünen müssen sich dann entscheiden, ob sie die Schweizer Beteiligung an der weiteren Aufrüstung des SIS wirklich verhindern wollen oder ob ihr Abstimmungsverhalten im September bloss demonstrativer Natur war.

(Bu)

«Es ist das erste Mal seit dem Schengen-Beitritt der Schweiz, dass eine Kammer des Parlaments die Erweiterung des Schengen-Acquis ablehnt.»



«Stop Isolation»: Die Demonstrant*innen waren ruhig und friedlich. Die Polizei setzte viel Pfefferspray, Gummischrot und Wasserwerfer ein, liessen die Kundgebenden danach trotzdem zum Bundesplatz.

DER KAMPF ZAHLT SICH AUS

Gute Neuigkeiten für Hamza, Mohammed und Sarbast

Manchmal kann es in der Asylrechtsbewegung sehr entmutigend sein, wenn es einem vorkommt, dass all unsere Kämpfe schlecht ausgehen. Doch es gibt auch Erfolge, die uns ermutigen und Energie geben! Wichtig ist, darüber zu sprechen und sich für die Betroffenen zu freuen.

Vielleicht haben sie die Geschichte von Hamza und Mohammed in der Märzangabe unseres Bulletins gelesen. Die beiden marokkanischen Flüchtlinge waren von Griechenland beschuldigt worden, zwei Mitbürger illegal auf griechischen Boden gebracht zu haben. Sie und ihre Gefährten hatten tatsächlich versucht, die griechische Grenze von der Türkei aus zu überschreiten, um einen Asylantrag in Europa zu stellen. Hamza und Mohammed wurden von der Grenzpolizei angehalten, als sie in einem Ruderboot unterwegs waren. Deshalb wurde gegen sie ein Strafverfahren eröffnet. Dank einer internationalen Solidaritätskampagne und ihren Verteidigern sprach das Gericht anstatt der angeordneten 20-jährigen Haftstrafe «nur» vier Jahre aus. Schliesslich wurde das Strafmass nochmals reduziert und sie wurden am 10. September 2020 nach 14 Monaten Haft entlassen! Die internationale Solidarität hat Früchte getragen.

Eine andere Erfolgsgeschichte trägt den Namen Sarbast Tamar. Dieser kommunistische Aktivist aus dem irakischen Kurdistan lebte seit 15 Jahren in der Schweiz als sein Asylantrag definitiv abgelehnt wurde. Fortan baute er sein Leben in der Illegalität auf, indem er im Gastrobereich und in Friseursalons sein Überleben finanzierte. Im April 2019 bekam er einen negativen Bescheid zu einem erneuten Antrag auf Regularisierung. Zu diesem Zeitpunkt wurde ein Solidaritätskomitee auf die Beine gestellt, das half, einen neuen Antrag auf Regularisierung zu stellen und seine Geschichte in die Medien brachte. Schliesslich durften wir am 17. Oktober erfreut vernehmen, dass Sarbast nach all den schwierigen Jahren Aufenthalt genehmigt wurde. Er hat uns gebeten all jenen zu danken, die ihn unterstützt haben.

(io)

EINE HUMAK MUSS HER!

Tibetische Geflüchtete in der Falle

1963 waren sie hochwillkommen in der Schweiz, die Tibeter*innen auf der Flucht vor dem kommunistischen Regime. Als ich 1995 nach China an die 4. UNO-Weltfrauenkonferenz reiste, trugen wir aus Protest Broschen mit der Tibetflagge und bekamen gehörig Ärger. 1999 hingen



« evakuierenJETZT » : Die Schweiz muss rasch Geflüchtete aufnehmen, die in Lagern auf den ägäischen Inseln ausharren müssen.

beim Staatsbesuch von Jiang Zemin rund um den Bundeshausplatz Free-Tibet-Transparente und der verärgerte Präsident drohte dem Bundesrat: «Sie haben eben einen guten Freund verloren». Nach dem Freihandelsabkommen, das am 1. Juli 2014 in Kraft trat, änderte die Haltung der offiziellen Schweiz radikal. 2015 unterschrieb das SEM einen geheim gehaltenen Vertrag mit dem chinesischen Ministerium für öffentliche Sicherheit. Er soll die Identifikation mutmasslicher chinesischer Staatsangehöriger erleichtern. Im gleichen Jahr machten die Schweizer Behörden aus Tibeter*innen Chines*innen. Die Tibet-Demo beim chinesischen Staatsbesuch 2017 wurde sofort geräumt. Vielen tibetischen Asylsuchenden ist seither aufgrund dubioser LINGUA-Sprachanalysen das Asyl verweigert, obwohl eine Rückkehr nach China völkerrechtlich nicht zulässig ist. Das SEM behauptet, eine Rückkehr nach Indien oder Nepal sei für Tibeter*innen möglich, doch beide Länder zeigen kein Interesse an einer Kooperation mit den Schweizer Migrationsbehörden. Geschätzte 300 tibetische Abgewiesene fristen heute ein menschenunwürdiges Leben in der Nothilfe.

Viele versuchen nach mehr als fünf Jahren Nothilfe, ein Gesuch um humanitäre Aufnahme zu stellen. Doch was früher möglich war, ist heute (fast) ausgeschlossen: Vorausgesetzt für eine Legalisierung wird ein Reisepass oder ein anderes amtliches Papier, was die Tibeter*innen selten bis nie besitzen. Die Gesuche werden alle abgelehnt.

Das Katzbuckeln der Schweiz vor den chinesischen Behörden und unseres vor den Zuständigen für Härtefälle muss ein Ende haben.

Unsere Forderungen lauten: Tibeter*innen sind Tibeter*innen, das fragwürdige Schnüffelabkommen mit China darf nicht verlängert werden und es braucht eine Kontrolle der Sprachanalysten. Mit einer Humanitären Aktion (HUMAK 21) sollen alle langanwesenden Nothilfeempfänger*innen – Tibeter*innen und andere – legalisiert werden.

Anni Lanz

VON TERRORIST*INNEN ZU GEFÄHRDERT*INNEN

Und was uns das angeht

Seit vierzig Jahren wird das Schweizer Strafrecht ausgedehnt und verschärft. Mehr und höhere Strafen sowie strengere Massnahmen wie die Verwahrung und die Landesverweisung sollen gesellschaftliche Sicherheitsprobleme lösen. Dabei sinkt seit vierzig Jahren die Kriminalität und es ist bis heute ungewiss, ob Verschärfungen des Strafrechts und mehr Polizei mehr Sicherheit schaffen.

In den 80er-Jahren ging es noch um ein verschärftes Drogenstrafrecht und um die Einführung von strafbaren Vorbereitungshandlungen, dann wurden in den 90-ern die Mitgliedschaft und die Unterstützung der «Kriminellen Organisation» und noch manch andere Tatbestände eingeführt. So musste mit Strafe rechnen, wer noch gar keinen kriminellen



KURZ UND KLEIN



«Erfolg» bewirkt hat, sondern nur eine verbotene Absicht hatte und mit deren Umsetzung begann.

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde das strafrechtliche Arsenal gegen den Terrorismus auch in der Schweiz weiter aufgerüstet. Die staatlichen Sicherheitsbehörden erhielten immer mehr Kompetenzen und Eingriffsmöglichkeiten, immer mehr Geld und mehr Personal und bessere Ausrüstung. Diesem Trend folgend hat das Parlament in der Herbstsession 2020 zwei neue, sehr weitreichende Gesetzespakete verabschiedet, die die Strafbarkeit noch weiter vorverlegen und präventive polizeiliche Massnahmen einführen sollen.

Zum einen wurde die «Terroristische Organisation» eingeführt. Mitgliedschaft und die Unterstützung einer solchen kann nun mit bis zu 10 Jahren Freiheitsstrafe sanktioniert werden. Führende Mitglieder werden mit bis zu 20 Jahren belegt. Ausbildung und Anleitung zur Begehung von Terrorakten sowie das Anwerben für eine terroristische Organisation oder Auslandsreisen dazu können bis zu 5 Jahre Freiheitsstrafe nach sich ziehen.

Das zweite Gesetzespaket enthält polizeiliche Massnahmen gegen «terroristische Gefährder*innen». Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) beschafft die «konkreten und aktuellen Anhaltspunkte» mit geheimdienstlichen Methoden und stuft jemanden als Gefährder*in ein. Dann belegt das Fedpol solche Personen z.B. mit einer Melde- und Gesprächspflicht, einem Kontaktverbot, einer Ein- oder Ausgrenzung, einem Ausreiseverbot oder gar mit Hausarrest. Solche Einschränkungen können für mehrere Monate verfügt werden. Dagegen erhobene Beschwerden haben keine aufschiebende Wirkung.

Auf der ganzen Welt fassen autokratische Regimes, aber auch Staaten, die sich als demokratische Rechtsstaaten ausgeben, gesetzliche Definitionen von «Terrorismus» immer weiter und ungenauer. So bringen sie das Strafrecht zusehend gegen gewaltfreie, demokratische Oppositionsbewegungen, gegen zivilen Ungehorsam und gegen kritische Medien in Stellung. Vor diesem Hintergrund hat der Menschenrechtsrat der UNO die Schweiz, die sich gern als Leuchtturm der Demokratie sieht, noch vor der Parlamentsdebatte ersucht, keine so weitgehenden Gesetze einzuführen. Sie öffnen Tür und Tor, um die politische Opposition als

CORONAVIRUS ERSCHWERT DIE ARBEIT VON SOSF

Wir sind auf Ihre Unterstützung angewiesen!

Das Organisieren von Veranstaltungen, die über Migrations- und Asylpolitik aufklären sollen, ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit von Solidarité sans frontières. Jedes Jahr organisieren wir Sensibilisierungs- und Informationsveranstaltungen, Demos und Versammlungen, um unsere Basis zu mobilisieren und unsere Forderungen bekannt zu machen. Dieses Jahr sind manche Projekte wegen der Pandemie ausgefallen. Doch gerade solche Projekte ermöglichen uns, Spendengelder zu sammeln, um das Sekretariat zu finanzieren.

Gegen das Jahresende sind wir deshalb in einer schwierigen finanziellen Lage. Wir sind auf Ihre finanzielle Unterstützung angewiesen, um über die Runden zu kommen! Für Ihre wertvolle Unterstützung und Treue sind wir Ihnen sehr dankbar.

**Solidarité sans frontières, 3011 Bern,
IBAN CH03 0900 0000 3001 3574 6**

gefährdend zu überwachen und als terroristisch zu kriminalisieren.

Sosf unterstützt das gegen das Anti-Terrorgesetzespaket ergriffene Referendum. Deshalb legen wir diesem Bulletin einen Unterschriftenbogen bei.

(Pf)

GRÜNDUNG DER PLATEFORME TRAITE

Bekämpfung von Menschenhandel

Am 14. Oktober 2020 fand die Gründungsveranstaltung der «Plateforme Traite» statt, einer Schweizer Plattform gegen Menschenhandel.

Initiator:innen sind vier nichtstaatliche Organisationen, die alle auf Schutz und Beratung von Betroffenen und politisches Engagement gegen Menschenhandel spezialisiert sind: die Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration FIZ, das Centre Social Protestant CSP Genève, MayDay Ticino und Astrée in Lausanne.

Menschenhandel wird auf der Webseite des Bundesamtes für Polizei fedpol als «... das Anwerben, Anbieten, Verbringen, Vermitteln, Beherbergen oder Annehmen von Menschen zum Zwecke der Ausbeutung» definiert. Er ist gemäss Schweizer Gesetz eine Straftat. Dennoch gibt es jährlich nur eine Handvoll Verurteilungen von Täter*innen (Bsp. 2019: 7 Verurteilungen, Plattform Traite).

Die Gründe dafür sind komplex. Menschenhandel hängt mit Armut, Diskriminierungsmechanismen aufgrund von Geschlechtsidentität, Ethnie, sexueller Orientierung und nicht zuletzt auch mit repressiven Migrationsregimes in der Schweiz und Europa zusammen. Besonders gefährdet, Opfer von Menschenhandel zu werden, sind Geflüchtete und Migrant*innen. Und gerade sie befinden sich (aufenthalts-)rechtlich gesehen oft in prekären Lagen. Umso grösser sind die Hürden, sich Hilfe zu suchen und gegen Täter*innen auszusagen.*

Es ist entsprechend schwierig, das Ausmass von Menschenhandel in der Schweiz einzuschätzen. Die vier Gründungsmitglieder der Plattform geben an, 2019 zusammen über 400 Betroffene beraten zu haben. Doch das ist sicher nur ein Bruchteil.

Plattform Traite will den Austausch zwischen den in diesem Feld tätigen Organisationen erleichtern, gemeinsames Handeln fördern und der Vernetzung dienen. Denn nicht in allen Kantonen existieren zurzeit Strukturen, die Opfern von Menschenhandel Schutz und Unterstützung bieten können. (Fu)

Mehr dazu:

<https://plattform-menschenhandel.ch/veranstaltungen/tag-gegen-menschenhandel>

* Personen, die im Ausland Ausbeutung und/oder Gewalt erfahren haben und nun in der Schweiz leben, haben gemäss Schweizer Opferhilfegesetz, Stand heute, keinen Anspruch auf Unterstützung.

IMPRESSUM

BULLETIN SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

erscheint viermal jährlich

Auflage dieser Ausgabe
2600 deutsch / 600 französisch
Beglaubigte Auflage WEMF
2290 deutsch / 517 französisch

Gestaltung und Satz
Simone Kaspar de Pont, Genève
Druck und Versand
selva caro druck ag, Flims Waldhaus
Redaktion
**Heiner Busch (Bu), Peter Frei (Pf),
Maria Furrer (Mf), Stéphanie Nagy (Na),
Amanda Ioset (io), Maria Winker (Wi)**
Übersetzungen
**Olivier von Allmen, Cyrille Baumann,
Marianne Benteli**
Lektorat **Sosf**

Fotos
**Jojo Schulmeister, Manuel Lopez,
Solidarité Tattes**
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe
15. Januar 2021
Wir behalten uns vor, Leser*innenbriefe zu kürzen
Mitgliederbeitrag 2020 inkl. Abo
Verdienende 70.- / Paare Fr. 100.- /
Nichtverdienende Fr. 30.- /
Organisationen 120.-
Abo
Einzelpersonen 30.- / Organisationen 50.-

Herausgeberin
Solidarité sans frontières
Schwanengasse 9
3011 Bern
(Zusammenschluss AKS/BODS)
Fon 031 311 07 70
sekretariat@sosf.ch
www.sosf.ch
PC-Konto 30-13574-6
IBAN CH03 0900 0000 3001 3574 6
BIC POFICHBEXXX

MUTTERSCHAFTSURLAUB

**Vertretung
im Seki**

Bald wird die Familie unserer Generalsekretärin, Amanda Ioset, um eine kleine Tochter grösser!

Wir freuen uns, dass wir eine ausgezeichnete Vertretung für die Zeit des Mutterschaftsurlaubs gefunden haben: Sophie Guignard, die aktuelle Ko-Präsidentin von Solidarité sans frontières. Ihr kennt sie bereits, da sie regelmässig für das vorliegende Bulletin schreibt und weil wir sie in der September-Ausgabe (2017) porträtiert hatten. Rebellen, Aktivistin, Lehrerin, Doktorantin... Sophie Guignard hat mehrere Eisen im Feuer. Wir freuen uns, Sophie in unserem Team begrüßen zu dürfen und in den nächsten Monaten enger mit ihr zusammen zu arbeiten.

Das Seki

KIOSK

MIGRATION UND BEHINDERUNG

La route à bout de bras

Mamadou liefert einen packenden Bericht seines Lebensweges, insbesondere seiner Reise von Guinea nach Europa. Vor 23 Jahren im Dorf Fonfoyah in Guinea geboren, gehört Mamadou zur Minderheit der Fulbe, die lange Zeit unterdrückt wurde. Dreijährig erkrankt er an Polio und kann deshalb nicht mehr Gehen. Seither kann bewegt er sich nur noch mit seinen Händen fort. Er wird von seiner Grossmutter erzogen, die er sehr bewundert und die ihn «immer sehr ermutigt und unterstützt». Als sie stirbt, ist er erst 10 Jahre alt.

Ein langer Überlebenskampf beginnt für ihn in einem Land, in dem Menschen mit Beeinträchtigungen keinen Platz haben. Nachdem er anfänglich in der Hauptstadt Conakry auf sich allein gestellt ist und betteln muss, kann er mit der Zeit einen kleinen Verkaufsstand auf dem Markt betreiben. Dort hört er von Europa. Menschen, die wie er nicht mehr gehen können, sollen dort gratis operiert werden. Diese Erzählungen geben ihm neue Hoffnung. Letztlich bewegen ihn aber die politischen Unruhen im Jahr 2015, die sich vor allem gegen die Fulbe richten und seine Verkaufsaktivitäten zum Stillstand bringen, zum Weggehen.

Mamadou schildert seine Reise nach Europa und alles was dazu gehört in einer Fibel: Angst, Gefahren, Scham, Erpressungen, Folter, Gewalt, Bettelei, Zwangsarbeit, aber auch Freundschaft, gegenseitige Hilfe, Solidarität und Überlebensinstinkte, die ihn oft gerettet haben. Und dann, nach der Ankunft in Europa, die Enttäuschung über ein System, das Geflüchtete dazu zwingt, ewig lange auf einen Entscheid zu warten.

Mamadous Berichte geben «Einblick in die Probleme mit denen Menschen mit

Beeinträchtigungen konfrontiert sind – in Afrika und in Europa». Er teilt seine Gedanken, Hoffnungen und Träume für eine Welt, in der die Menschenrechte geachtet werden. Die Fibel-Struktur des Buches überzeugt, denn sie gibt den nötigen Raum zwischen den Passagen, die unmenschlichen und erschreckenden Folgen der europäischen Migrationspolitik zu zeigen.

Ariane Tripet

Mamadou Sow (im Gespräch mit Elisabeth Zurbriggen), *La route à bout de bras*: L'abécédaire de l'Afrique à l'Europe en zigzag, Verlag Migrilude, 90 Seiten

ECHOS AUS DER ÄGÄIS

Stimmen der Geflüchteten

In «Échos de la mer Égée – voix de réfugiés» teilt die Freiburgerin Mary Wenker Lebensgeschichten mit uns, die sie während ihrer häufigen Aufenthalte bei Geflüchteten auf Chios, in Griechenland, gesammelt hat. Als Gründerin und Präsidentin des Vereins CHOOSEHUMANITY begibt sie sich seit 2016, kurz nach dem Abschluss der Vereinbarung zwischen der EU und der Türkei, regelmässig für humanitäre Missionen auf diese Ägäisinsel.

Das Buch erteilt vor allem den Betroffenen das Wort: Wer sind sie? Wo leben sie? Was sind ihre Ängste und ihre Hoffnungen? In den rund dreissig knappen Erzählungen, die durch die Zäune der Camps gesickert sind, erfahren wir Splitter aus der Geschichte von Dimitri, Reza, Omar oder Elker. Sie kommen aus Syrien, Afghanistan, dem Irak oder aus Afrika... Und jetzt sind sie da, zu Tausenden blockiert in diesen heillos überfüllten Camps Griechenlands, an der Haustüre Europas. Die Lesenden tauchen ein in den Alltag dieser Männer und Frauen, einen Alltag aus Warten, Ungewissheit und Angst. Aber auch der Hoffnung, wie Joseph sagt, der «das Recht auf Leben, auf Freiheit, auf persönliche Entfaltung und Achtung der Menschenrechte» einfordert. Oder wie Naïf, der geduldig auf die Ankunft seiner Frau und seiner Kinder wartet, die er seit vier Jahren nicht gesehen hat.

Für Mary Wenker betrifft die von den Geflüchteten auf den griechischen Inseln erlebte Realität alle Bürger*innen Europas. Ihre Lage ist schliesslich das Resultat einer europäischen Politik der Grenzschiessung und der Schaffung von Lagern. So adressiert sich denn ihr Buch an jede Person, die «Offenheit zeigt und die bereit ist, die Dinge aus einem etwas anderen Blickwinkel anzuschauen». Eine Lektüre, die Stereotype in Frage stellt und zum Denken anregt: dringend notwendig in einer Zeit, in der Fremdenfeindlichkeit und identitäre Abschottung zunehmen.

(io)

Mary Wenker, *Échos de la mer Égée – Voix de réfugiés*, L'Harmattan, 174 S., 2020, mit einem Vorwort von Jean Ziegler.

ANZEIGE

ClimatePartner^o
wir drucken klimaneutral

für den wald.

umweltbewusster druck und klimaschutz ist uns ein anliegen.
ihr produkt wird bei uns klimaneutral gedruckt und
auf wunsch mit dem label von climatepartner versehen.
so engagieren auch sie sich für nachhaltigkeit und klimaschutz.

selva caro druck

die kleine druckerei inmitten der natur

rudi dadens 6 7018 flims t 081 911 22 55 mail@selvacaro.ch www.selvacaro.ch

PORTRAIT SIMONE KASPAR DE PONT



Unsere Grafikerin verlässt uns, den Kopf voller Projekte!

Seit zwölf Jahren gestaltet Simone Kaspar de Pont das Bulletin von Sosp. Nun gibt sie den Job in andere Hände, um sich neuen Projekten zu widmen. Aus ganzem Herzen danken wir ihr für diese lange, beruflich und menschlich bereichernde Zusammenarbeit.

Typografin, Grafikerin, Illustratorin, Gärtnerin, Genossenschafterin, Mutter von drei Töchtern: Simone ist eine Frau mit unzähligen Talenten und Aufgaben. Der rote Faden, der alles verbindet, ist ihr täglicher Kampf für eine bessere Welt.

Simone ist ursprünglich Deutschschweizerin, lebt aber seit 2003 in Genf. Nach einer Lehre als Typografin hat sie Bildende Kunst an der Hochschule Luzern studiert, wo sie mit Grafik, Illustration und Video in Berührung kam. Heute arbeitet sie zu 50% in einem Grafikatelier, nimmt daneben aber noch weitere Aufträge an.

«Ich liebe es für die Kultur zu arbeiten, für Quartiertreffpunkte, die Ökoquartiere oder Flyers und Plakate für den Klimastreik zu gestalten.»

Wann immer möglich versucht sie, ihre Arbeit als Grafikerin mit ihrem Engagement für die Gemeinschaft zu verbinden: «Ich liebe es für die Kultur, für Quartiertreffpunkte und Ökoquartiere zu arbeiten oder Flyer und Plakate für den Klimastreik zu gestalten. Für solche Anliegen helfe ich gerne aus.» In den letzten Jahren hat die grafische Gestaltung grossen Raum in ihrem Leben eingenommen, jetzt möchte sie sich vermehrt der Illustration zuwenden.

Ein wichtiges Lebensprojekt von Simone ist die Wohngenossenschaft «Equilibre», wo sie mit ihrer Familie wohnt und bei deren Aufbau sie dabei war. Das Besondere an dieser partizipativen Genossenschaft besteht darin, dass alle der über 100 Wohnungen mit Trockentoiletten ausgestattet sind. «Equilibre» macht Werbung für diese Form der sanitären Einrichtung, mit Besuchen und Broschüren. Diese sind von Simone

illustriert. «Wir wollen zeigen, dass eine andere Welt möglich ist, auch bei den Toiletten», präzisiert sie mit Humor. Ein anderes Anliegen, das ihr sehr am Herzen liegt, ist der Garten, den sich die 13 Familien teilen. Der Gemüsegarten und die Hühner gehören allen und die Gartengruppe hat sich weitergebildet und bewirtschaftet jetzt den Garten in Permakultur. Ergebnis: Selbst in einer Stadt und mit einem mittelgrossen Garten lassen sich im Sommer grosse Mengen von Gemüse und Früchten ernten. Man spürt, dass die Ernährung zentral ist in Simones Gedanken. Sie träumt davon, in ihrem Quartier einen Genossenschaftssupermarkt mit lokalen Produkten zu eröffnen, wenn sie denn die Zeit dafür findet.

In der Zusammenarbeit mit Solidarité sans frontières seit 2008 hat Simone «diesen Elan, diesen

Willen zu kämpfen um die Dinge zu verändern, auch wenn es manchmal schwierig ist» geschätzt. Jetzt ist aber die Zeit für anderes gekommen. Für Sosp wird dies eine Gelegenheit sein, mit anderen Grafikerinnen zusammenzuarbeiten und Ihnen ab der nächsten Nummer eine aufgefrischte Version des Bulletins anzubieten.

Bei meinem Gespräch mit Simone, das diesem Porträt zugrunde liegt, war ich glücklich zu erfahren, dass Simone nicht allzu sehr unter unseren Verspätungen beim Abschicken unserer Texte, unseren pingeligen Korrekturen und unserer «Flexibilität» bei der (Nicht-)Einhaltung der Termine gelitten hat...

Liebe Simone, wir haben deine Professionalität, deine Geduld und deine Lebensfreude sehr geschätzt. Wir wünschen dir von Herzen alles Gute für deine neuen Wege! (io)

Zu Weihnachten ein Abo für das Bulletin von Solidarité sans frontières verschenken

Solidarité sans frontières braucht eure/Ihre Unterstützung zur erfolgreichen Weiterführung seiner Arbeit. Helft uns/helfen Sie uns, die Liste der AbonnentInnen des Bulletins zu vergrössern und schenke/schenken Sie ein Jahresabo (30 fr.) einer dir/Ihnen nahestehenden Person!

Meine Kontaktdaten

Name _____
Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
Ort _____
Telefonnummer _____

Kontaktinformationen der beschenkten Person

Name _____
Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
Ort _____

■ Ich überweise Fr. 30.- direkt auf das Konto von Solidarité sans frontières, Schwanengasse 9, 3011 Bern, IBAN CH03 0900 0000 3001 3574 6

■ Ich möchte einen Einzahlungsschein

Danke für das Ausschneiden dieses Talons und die Rücksendung an: Solidarité sans frontières, Schwanengasse 9, 3011 Berne.